

„In großen Zahlen demokratisch wählen gegangen“

EU erklärt die Wahlen in Libyen zum Erfolg – was gewählt wurde, bleibt jedoch unklar

von Bernhard Klaus

Am Abend des 7. Juli 2012 brachten die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton und der EU-Kommissar für die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik, Štefan Füle, eine gemeinsame Pressemitteilung heraus, in der sie „dem libyschen Volk und seinem friedlichen Kampf für Rechte und demokratische Ambitionen“ gratulierten. Kurz zuvor hatte bereits die Tagesschau im ARD über die „erste freie Parlamentswahl nach Jahrzehnten“ berichtet. Gezeigt wurde darin auch der „Leiter der EU-Wahlbeobachtermission“ Alexander Graf Lambsdorff, der den Urnengang lobte: „Die Organisation der Wahlen hier, wo wir das beobachten konnten, war einwandfrei, erstaunlich gut...“ Die Wahlen seien „in der Hauptstadt Tripolis und auch im ganzen Land“ gefeiert worden, so der Sprecher aus dem Off. Nur am Rand wird berichtet, dass es „im Osten des Landes ... Überfälle auf Wahllokale“ gegeben habe.

Im Deutschlandfunk wurde noch am selben Tag ein anderes Bild vermittelt: Dort hieß es, „die erste freie Parlamentswahl nach über 40 Jahren wurde von Gewaltakten begleitet“. Mehrere Milizen hätten zum Boykott der Wahl aufgerufen und frühere Rebellen Ölraffinerien abgeschaltet, um die Wahl zu verhindern. Wahllokale seien auf Grund von Gewalt- und Sabotageakten geschlossen worden, „[m]ilitante Wahlgegner hätten außerdem Hunderte Stimmzettel aus einem Wahllokal entwendet und öffentlich verbrannt, berichteten Augenzeugen“. Später war dann noch von einem Toten und dem Abschuss eines Hubschraubers der Wahlkommission die Rede.

Eine ausführlichere Darstellung von durch die EU beobachteten Wahlen liefern oft die Berichte auf der Homepage der jeweiligen EU-Wahlbeobachtermission. Allein: Es gibt keine solche Homepage, denn es gab gar keine EU-Wahlbeobachtermission. Alexander Graf Lambsdorff ist lediglich Leiter eines aus 21 Personen bestehenden „Election Assessment Teams“ (EU EAT). Im Gegensatz zu den EU-Wahlbeobachtungsmissionen sind die EATs nur sehr kurzfristig und ohne konkrete Aufgabe im Land, eine flächendeckende Präsenz ist nicht einmal im Ansatz angestrebt. Es handelt sich bei den EATs eher um PR-Teams, welche die Wahlen nicht wirklich beobachten, sondern eine bestimmte Wahrnehmung von ihnen transportieren sollen. Vor Libyen gab es erst zwei andere EU EATs: 2010 in Irak und Afghanistan.

Doch auch die EAT erstellte einen Bericht, der immerhin Aufschluss darüber gibt, wer gewählt werden konnte und wer nicht. Zur Wahl standen letztlich 2501 unabhängige Kandidat_innen und 1206 Bewerber_innen, die über Listen gewählt werden konnten. Während für die Listen eine gesetzliche Quote garantierte, dass 44% der Bewerber_innen Frauen waren, waren nur 85, etwa 3%, der unabhängigen Kandidat_innen Frauen. Eine eigens hierfür einberufene Kommission schloss alle „Mitglieder des alten Regimes“ von den Wahlen in einem Prozess aus, der vom EAT als „objektiv und vernünftig“ charakterisiert wird.

Zur Wahl registrierten sich demnach exakt 2,8 Mio. Wähler_innen, während von insgesamt 3,5 Mio. Wahlberechtigten ausgegangen wurde. Warum diese Zahl auch angesichts der relativ jungen Bevölkerung Libyens so niedrig ist, obwohl die CIA im

Januar 2011 noch von einer libyschen Gesamtbevölkerung von 6,46 Mio. Menschen (in Libyen) ausging, darauf liefert der Bericht nur Andeutungen. So haben die in sechs bzw. fünf Distrikten eingerichteten Registrierungscentren und Wahllokale für Binnenflüchtlinge diese sicher nicht vollständig erreicht, und ebenfalls nicht wählen konnten die „großen

libyschen Gemeinschaften“, die in den Nachbarstaaten Tunesien und Ägypten (Niger und Mali wären ebenfalls zu nennen) – teilweise als Flüchtlinge – leben. Vergessen werden dürfen auch nicht die Tausenden von Menschen, die immer noch in den Gefängnissen und Lagern der verschiedenen Milizen festgehalten werden.

Am Montag nach der Wahl verbreitete die libysche Wahlkommission dann eine Zahl, die ebenfalls in seltsamem Kontrast zur angeblichen Feierlaune stand: Die Wahlbeteiligung habe nur knapp über sechzig Prozent derer betragen, die sich registrieren ließen. Gewählt haben sollen also nur knapp 1.7 Mio. Menschen, von 3.5, die potentiell wahlberechtigt waren bei einer geschätzten Gesamtbevölkerung von 6.4 Mio. Menschen vor Beginn des Krieges.

Warum aber ging angeblich nur etwas über die Hälfte derer wählen, die sich zuvor extra hatten registrieren lassen? Dafür stehen verschiedene Erklärungen zur Verfügung, die jedoch allesamt das Bild einer angeblich „demokratischen“ oder „freien“ Wahl schwer beschädigen. So könnte es z.B. bereits bei der Registrierung Unregelmäßigkeiten gegeben haben, die UN etwa wiesen in anderem Kontext darauf hin, dass die Bevölkerung Libyens nicht annähernd durch Behörden etc. erfasst wäre und sich die Staatsbürgerschaft des oder der einzelnen kaum feststellen ließe. Möglicherweise registrierten sich dieselben Menschen unter verschiedenen Namen und konnten letztlich nur einmal abstimmen, weil ihnen dabei der Finger eingefärbt wurde. Andere konnten vielleicht aus gerade diesem Grunde nicht abstimmen, weil verschiedene Milizen ja zum Boykott aufgerufen hatten und diese während der Wahl – von der Tagesschau euphemistisch als „Sicherheitskräfte“ bezeichnet – omnipräsent waren.

Doch es könnte noch einen ganz anderen Grund für die niedrige Wahlbeteiligung geben. Am Tag der Wahl war nämlich unklar, was überhaupt gewählt wurde. Um insbesondere den Milizen im Osten entgegenzukommen, welche eher nach Unabhängigkeit streben, sich angesichts ihrer Bewaffnung und Rolle im Bürgerkrieg unterrepräsentiert sehen und den Wahlprozess ohnehin eher skeptisch verfolgten, veränderte der Nationale Übergangsrat zwei Tage vor der Wahl den Prozess zur Verfassungsgebung grundlegend. Nicht mehr der zu wählende Nationalkongress sollte eine Kommission einsetzen, welche die Verfassung ausarbeitet, stattdessen soll diese nun zu einem späteren Zeitpunkt wiederum direkt gewählt werden. Theoretisch bleibt dem Nationalkongress nun noch die Aufgabe, einen Premierminister zu wählen, der eine Regierung einsetzen und den Übergangsrat ablösen soll. Diese Regierung aber verfügt dann weder über eine verfassungsrechtliche Grundlage noch – angesichts der niedrigen Wahlbeteiligung und der zahlreichen Unregelmäßigkeiten – über eine demokratische Legitimation. De facto wird die Macht wohl beim Übergangsrat und insbesondere bei den bewaffneten Gruppen verbleiben. Diesen Zustand, der Libyen wahrscheinlich noch lange beherrschen wird, zumindest nach Außen in das Gewand pseudo-demokratischer Legitimität zu kleiden, war offensichtlich Aufgabe des EU EAT, die Tagesschau und andere Medien haben das – mal wieder – bereitwillig geschluckt.